



Antrag

der Abgeordneten **Inge Aures, Florian von Brunn, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

9-Euro-Ticket: Bilanz für Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich einen Bericht über die Bilanz des 9-Euro-Tickets von Juni bis August 2022 im Freistaat zu geben.

Der Bericht soll unter anderem Aufschluss geben darüber,

- wie das Nutzungsverhalten war (verkaufte und genutzte Tickets in Bayern, Aufteilung auf Verkehrsmittel und Verkehrsverbünde...),
- welche messbaren Auswirkungen das Ticket auf die Verkehrssituation in Bayern hatte (Verlagerung der Verkehre auf den ÖPNV und SPNV, Einstieg von „Neunutzern“),
- welche Erkenntnisse es über das Nutzerklientel und die Arten der Nutzung (Pendelverkehr, Freizeit...) gibt,
- wie sich die Einnahmen- und Ausgabensituation durch das Ticket in Bayern darstellt (auch im Vergleich zu vergangenen Sommermonaten ohne 9-Euro-Ticket),
- welche Auswirkungen es auf die Fahrkarten- und Abonnement-Verkäufe der Verkehrsverbünde und der Bahnen gibt,
- welche Finanzmittel des Bundes für das Ticket wie in Bayern eingesetzt wurden,
- ob und wann die Staatsregierung ihr im Koalitionsvertrag 2018 festgehaltenes Versprechen, in Bayern 365-Euro-Tickets einzuführen, umsetzen wird oder wie sich der Freistaat an einer möglichen bundesweiten Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket beteiligen wird,
- wo während der letzten Monate Lücken im Angebot festgestellt werden konnten (unzureichende Haltestellen, Verkehrsmittel, Frequenzen...) und
- welche Lehren für die Zukunft gezogen werden können.

Begründung:

Das 9-Euro-Ticket war ein mutiger und überraschender politischer Schritt mit dem Ziel, durch einen äußerst niedrigen Ticketpreis drei Monate lang mehr Menschen zur Nutzung des ÖPNV und SPNV zu bewegen.

Das befristete Ticket wurde von der Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP angesichts steigender Preise zur Entlastung der Menschen in Deutschland eingeführt. Das

Ticket galt bundesweit im Nahverkehr. Die bisherige Begrenzung von Tickets auf Bundesländer und/ oder Verkehrsverbünde und der damit einhergehende „Tarifdschungel“ wurden aufgehoben.

Die Unkenrufe aus der CSU im Vorfeld, das 9-Euro-Ticket sei ein „Strohfeuer“ und „teurer Aktionismus“ (so wird der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Christian Bernreiter in den Medien zitiert) haben sich nicht bewahrheitet. Das Ticket war so erfolgreich, dass von vielen Seiten die Forderung nach einer adäquaten Nachfolgelösung, die möglichst viele der Vorteile des 9-Euro-Tickets fortführt, erhoben wird.

Nun sträubt sich die Staatsregierung aber auch gegen eine solche Nachfolgelösung: Während andere Bundesländer offen für eine gemeinsame Finanzierung eines Tickets mit dem Bund sind, verweigert Bayern die Mitwirkung.

Allerdings müssen jetzt politische Lehren aus den vergangenen Monaten gezogen werden und eine tragfähige Zukunftslösung für den ÖPNV und SPNV entwickelt werden. Dieser Antrag schlägt vor, hierzu alle für Bayern relevanten Zahlen und Erkenntnisse zusammenzutragen, aufzuschlüsseln und zu analysieren.